



Nr. 13

4. April 2025

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

dbb senioren

[14. Deutscher Seniorentag: Ältere stärken die Gesellschaft](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

[Besoldung zu niedrig: 2.000 Klagen belasten Verwaltungsgerichtbarkeit](#)

Thüringen

[Personalentwicklung im öffentlichen Dienst](#)

Schleswig-Holstein

[Anhörung zur Alterssicherung: Beamtenversorgung erhalten, Betriebsrenten stärken](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Koalitionsverhandlungen: Union und SPD einigen sich auf „Sicherheitsoffensive“](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Deutschen Bahn: Sanierungsprogramm ist nur „Wundsalbe für marode Infrastruktur“](#)

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

[„Girls´ and Boys´ Day“ ist wertvoller Beitrag für individuelle Berufsorientierung](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb senioren

14. Deutscher Seniorentag: Ältere stärken die Gesellschaft

Die dbb bundesseniorenvertretung ist mit einem eigenen Stand auf dem 14. Deutschen Seniorentag der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) vertreten. An die kommende Bundesregierung hat man klare Erwartungen.

Bundesseniorenministerin Lisa Paus hat am 2. April 2025 gemeinsam mit der Vorsitzenden der BAGSO Regina Görner den Seniorentag eröffnet. Bundeskanzler Olaf Scholz sprach am Nachmittag.

Scholz nannte es „zuerst ein großes Geschenk, dass wir in unserem Land die Möglichkeit haben, so gut zu altern. Darauf dürfen wir stolz sein.“ Als Schirmherr der Veranstaltung dankte er in seiner Ansprache den Älteren für ihre Lebensleistung, die dazu geführt habe, dass Deutschland heute fest in ein System westlicher Demokratien eingebunden sei. Der scheidende Bundeskanzler begrüßte, dass im Rahmen der aktuellen Koalitionsverhandlungen eine Garantie für ein stabiles Rentenniveau abgegeben worden sei, gab aber auch zu bedenken, dass in Hinblick auf die Pflegeversicherung „noch nicht alle Probleme gelöst sind.“

Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung, sagte am Rande

der Eröffnungsveranstaltung: „Der Seniorentag zeigt die Vielfalt des Engagements Älterer in unserer Gesellschaft.“ Klitzing forderte eine deutlichere Wertschätzung für diese Beteiligung ein. „Von der neuen Bundesregierung erwarte ich auch, dass sie nachdrücklicher für die Belange der Seniorinnen und Senioren eintritt.“ Der Seniorentag präsentiere ganz unterschiedliche Angebote, die Ältere dabei unterstützen, das Ziel eines guten, gesunden Alters zu erreichen.

Hintergrund: Auf dem 14. Deutschen Seniorentag diskutieren Politik, Verbände und Gesellschaft werden aktuelle Fragen der Seniorenarbeit und Seniorenpolitik. Unter dem Motto „Worauf es ankommt“ präsentieren rund 180 Aussteller aus ganz Deutschland Angebote für ältere Menschen. In den 120 Veranstaltungen geht es um die großen Fragen des Älterwerdens. Die BAGSO als Ausrichter erwartet bis zum 4. April 2025 rund 15.000 Besucherinnen und Besucher.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

Besoldung zu niedrig: 2.000 Klagen belasten Verwaltungsgerichtsbarkeit

Nachdem das Land die von seinen Bediensteten für das Jahr 2022 eingelegten Widersprüche wegen verfassungswidrig zu niedriger Besoldung als unbegründet, abschlägig beschieden hatte, rollt nun eine Klageflut auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes Nordrhein-Westfalen zu.

Laut Informationen des Landesamtes für Besoldung und Versorgung (LBV) sind zum Ende der Klagefrist von einem Monat schon rund 2.000 Klagen bei den zuständigen Verwaltungsgerichten in NRW eingegangen. Dazu am 31. März 2025 der 1. Vorsitzende des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Roland Staude: „Wie zu befürchten war, führt die hohe Zahl der Klagen jetzt zu einer erheblichen Mehrbelastung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Nordrhein-Westfalen.“ Der DBB NRW hätte von der Landesregierung eine weitere Ruhendstellung der rund 55.000 Widersprüche für das Jahr 2022 erwartet, um im Rahmen von

Musterklagen eine Klärung herbeizuführen. Zugleich sieht der DBB NRW in diesem Zusammenhang die Attraktivität des öffentlichen Dienstes durch die Landesregierung massiv gefährdet. Staude: „Durch die hohe Anzahl der Klagen ist erkennbar, dass der Betriebsfrieden in der Landesverwaltung durch diese vermeidbare Entscheidung erheblich beeinträchtigt ist.“

Die hohe Zahl betrifft bisher nur die Klagen, die von Beamtinnen und Beamten der Landesverwaltung erhoben wurden. Klagen von Beamtinnen und Beamten aus der Kommunalverwaltung können in ihrer Gesamtzahl bisher noch

nicht beziffert werden, da hier auch die Widerspruchsbescheide von den Kommunen (Städte und Kreise) ergehen. Die durchschnittliche Verfahrensdauer an Verwaltungsgerichten in NRW betrug laut NRW-Justizministerium zuletzt 15,2 Monate (2023). Laut verschiedener Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes muss die Beamtenbesoldung der untersten Gruppen 15 Prozent höher sein als die

Leistungen der Grundsicherung. Durch das leistungsbezogene Abstandsgebot der höheren Besoldungsstufen wirken sich erforderliche Besoldungserhöhungen bei unteren Besoldungsstufen wie ein Dominoeffekt letztlich auch auf die Besoldung aller Beamtinnen und Beamten aus.

Thüringen

Personalentwicklung im öffentlichen Dienst

Die Personalentwicklung im öffentlichen Dienst Thüringens steht vor gewaltigen Herausforderungen.

Einerseits versucht die Landesregierung mit dem Personalentwicklungskonzept 2035 (PEK 2035), dem Fachkräftemangel und den demografischen Entwicklungen im öffentlichen Dienst in Thüringen entgegenzuwirken. Andererseits plant Finanzministerin Katja Wolf (BSW) Sparmaßnahmen im Landeshaushalt 2025, die auch den Personalbereich beziehungsweise den Personalabbaupfad betreffen.

Stellenaufwüchse gibt es in Thüringen aktuell nur noch im Bereich Bildung, Justiz und Polizei. Andere Stellenbesetzungen soll es nur noch in begründeten Ausnahmefällen geben. Dabei fehlt Personal beziehungsweise Nachwuchs in fast allen Bereichen des öffentlichen Dienstes im Freistaat. Auch im Thüringer Doppelhaushalt 2026/2027 sind weitere Personalkosteneinsparungen frühzeitig erkennbar.

Rufe nach weniger Personal im öffentlichen Dienst haben die Politik viele Jahre wie ein Mantra begleitet. Dieser Sparpolitik sind zahlreiche Stellen zum Opfer gefallen. Mittlerweile hat sich der Trend in fast allen Bundesländern gedreht. Es wird händeringend Personal gesucht. „Im Land Thüringen schreit man in Zeiten des Fachkräftemangels konsequent weiter nach Personalabbau, dabei steckt man mitten in den Folgen der langjährigen Schrumpfkur unter PEK 2025 oder PERMANENT, um nur einige Personalentwicklungskonzepte der Vergangenheit zu benennen“, hieß es am 2. April 2025 vom tbb.

Der öffentliche Dienst in Thüringen sieht sich gleichzeitig mit einer zunehmenden Arbeitsbelastung konfrontiert. Das Durchschnittsalter der Mitarbeitenden in der Landesverwaltung liegt bei 47,3 Jahren, im Schuldienst sogar bei 48,8

Jahren. Im nächsten Jahr werden voraussichtlich 16,1 Prozent der Landesbediensteten und 15,5 Prozent der Kommunalbediensteten in den Ruhestand treten. Innerhalb der nächsten zehn Jahre könnte sogar jeder dritte Beschäftigte in den Ruhestand gehen. Dabei werden durch komplexer werdende Aufgaben in vielen Bereichen zusätzliche Arbeitskräfte benötigt.

Der tbb warnt vor einer Überlastung der verbleibenden Beschäftigten und fordert dringend Maßnahmen zur Entlastung. Der akute Personalmangel führt bereits jetzt zu Überstunden, Stress und einer sinkenden Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber. Auch die ungeklärte amtsangemessene Alimention trägt nicht zur Entschärfung bei.

Konkret empfiehlt der tbb: Investitionen in die Digitalisierung sowie die Förderung der Akzeptanz von KI durch Schulungen und Aufklärung zur Entlastung der Beschäftigten. Außerdem brauche es einen gezielten Personalaufbau auf Grundlage von regelmäßig durchgeführten Personalbedarfsanalysen. Nicht zuletzt werde eine Handlungsprogramm für ressortinterne und ressortübergreifende Maßnahmen benötigt, die mehr Wertschätzung und Anerkennung der Beschäftigten in den Behörden zur Folge haben.

Schleswig-Holstein

Anhörung zur Alterssicherung: Beamtenversorgung erhalten, Betriebsrenten stärken

Bei Anhörungen im Landtag zur Alterssicherung wurde der dbb schleswig-holstein zu zwei Anträgen angehört. In seinen Stellungnahmen warnt der dbb Landesbund vor der Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung und sieht dringenden Verbesserungsbedarf bei der Zusatzversorgung der Tarifbeschäftigten.

Die Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die Rentenversicherung würde kaum in Einklang mit der Verfassung stehen, denn für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger gelten Besonderheiten des öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnisses fort. „Zudem würde ein solcher Schritt die Attraktivität des Berufsbeamtenums beeinträchtigen. Dies wäre mit Blick auf die Bedeutung derjenigen Beschäftigungsverhältnisse, die für einen funktionierenden demokratischen Rechts- und Sozialstaat eine besondere Verantwortung tragen, alles andere als sinnvoll. Hinzu kommt, dass Kosten und Umsetzungsprobleme statt Einsparungen entstehen würden“, hieß es vom dbb sh am 3. April 2025.

Bei den Tarifbeschäftigten gebe es dringenden Handlungsbedarf im Zusammenhang mit der

Zusatzversorgung. Die entsprechenden Renten steigen nämlich jährlich nur um ein Prozent. Diese Praxis wird durch eine Regelung im Betriebsrentengesetz ermöglicht. Die deutlich höhere Inflation führt zu einer dauerhaften Entwertung der so wichtigen Zusatzversorgung auch im öffentlichen Dienst. Der Gesetzgeber ist daher aufgefordert, sachgerechte Anpassungen vorzugeben.

Ergänzend spricht sich der dbb sh in der vom Landtag veröffentlichten Stellungnahme für ehrliche Debatten zur Alterssicherung aus. Die steigende Lebenserwartung sowie die demografische Entwicklung führen zu deutlichen Kostensteigerungen. Dazu hieß es: „Es ist eine notwendige politische Aufgabe, die Finanzierung zu regeln und/oder die Kostensteigerungen abzuwenden. Eine transparente Kommunikation ist dabei unerlässlich.“

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

Koalitionsverhandlungen: Union und SPD einigen sich auf Sicherheitsoffensive

Die Arbeitsgruppe Innen (AG 1) von CDU/CSU und SPD hat sich auf weitreichende Maßnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit verständigt, während die Arbeitsgruppe Finanzen (AG 16) den „follow-the-money“-Ansatz in der Geldwäschebekämpfung voranbringen will. Parallel dazu schlägt die AG zum Bürokratieabbau (AG 9) entscheidende Reformen für die Verwaltung vor – darunter auch eine Reform des Laufbahnrechts, dessen starre Fortkommensmöglichkeiten nach den Vorstellungen des BDZ flexibler ausgestaltet werden müssen.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen von Union und SPD liegen mittlerweile vor. Im nächsten Schritt beraten die Parteispitzen über einen möglichen Koalitionsvertrag.

Die Arbeitsgruppe „Innen, Recht, Migration und Integration“ von CDU/CSU und SPD hat sich auf weitreichende Maßnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit verständigt. Wie das Fachportal Legal Tribune Online (LTO) in einer Analyse berichtet, setzen die Parteien auf eine Mischung aus verschärften Ermittlungsbefugnissen, modernisierter Technik und konsequenter Vermögensabschöpfung.

Laut den Verhandlungsdokumenten, die vom Portal „FragdenStaat“ veröffentlicht wurden, soll das Bundeskriminalamt (BKA) gestärkt werden, insbesondere im Kampf gegen Cyberkriminalität und Spionage. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) wird zur zentralen Anlaufstelle für Cybersicherheit ausgebaut – ein Schritt, der bereits als beschlossen gilt. Die Bundespolizei soll zudem ein modernisiertes Gesetz erhalten. Umstritten bleibt hingegen die Überwachung verschlüsselter elektronischer Kommunikation, die nur von der Union gefordert wird. Konsens besteht darin, den Sicherheitsbehörden weitere Befugnisse bei der automatisierten Datenrecherche

und -analyse einzuräumen. Insbesondere der Datenaustausch unter den Sicherheitsbehörden (u.a. P20, Verbundspeicherung) sowie mit den zivilen Behörden soll grundlegend verbessert werden.

Ebenfalls zur abschließenden Diskussion steht die vollständige Beweislastumkehr beim Einziehen von Vermögen unklarer Herkunft im strafrechtlichen Bereich (AG 1). Verdächtige innerhalb der Organisierten Kriminalität müssen dann künftig die legale Herkunft ihres Besitzes nachweisen. Ebenfalls soll ein administratives, verfassungskonformes Vermögensermittlungsverfahren mit dem Ziel geschaffen werden, verdächtige Vermögensgegenstände von erheblichem Wert, bei denen Zweifel an einem legalen Erwerb nicht ausgeräumt werden können, sicherzustellen (AG 16). Dies greift die BDZ-Forderung nach präventiver Vermögensabschöpfung nach italienischem Vorbild auf, denn das Strafrecht allein hat sich als nicht wirkungsvoll genug erwiesen. Nach Auffassung des BDZ sollten die eingezogenen Gelder auch direkt in die Ausstattung der Sicherheitsbehörden fließen – ein entscheidender Punkt, um den „technologischen Vorsprung der Kriminellen“ zu bremsen.

„Diese Pläne bestätigen, was wir seit Jahren fordern: Der Zoll muss endlich die Werkzeuge bekommen, um kriminelle Netzwerke wirksam zu bekämpfen“, sagt der BDZ-Vorsitzende Thomas Liebel am 31. März 2025. „Jetzt kommt es darauf an, dass die Koalitionäre ihre Ankündigungen nicht wieder in Kommissionen zerreden und sich über neue Behörden streiten, sondern die Maßnahmen zügig umsetzen.“

Die Arbeitsgruppe „Finanzen“ (AG 16) sieht vor, die Kompetenzen des Bundes im Bereich der Finanzkriminalität zu bündeln. Ebenfalls soll die Zusammenarbeit mit europäischen Behörden wie der neuen Anti-Geldwäsche-Behörde (AMLA) intensiviert werden. Zu diesen Plänen hatte der BDZ ein an die politischen Parteien gerichtetes Positionspapier zur inneren Sicherheit vorgelegt, das konkrete Vorschläge für einen schlagkräftigeren Zoll im Kampf gegen Geldwäsche enthält. Der BDZ unterstützt die Bündelung vollzugspolizeilicher Aufgaben und Ermittlungsdienste im Interesse einer schlagkräftigeren Ausrichtung innerhalb der Zollverwaltung, in Anlehnung an die Maßnahmen des bereits laufenden Projekts „Zoll 2030“.

Während die geplanten Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanzkriminalität und die gesondert erwähnte Stärkung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) begrüßenswert sind, bleibt die allgemeine Stärkung des Zolls bislang in den Arbeitspapieren unberücksichtigt. Dies vernachlässigt aus Sicht des BDZ die entscheidende Rolle des Zolls als Einnahmeverwaltung, der fast die Hälfte der Einnahmen des Bundes sichert. Auch für die Gewährleistung der Sicherheit ist es entscheidend, dass der Zoll nicht nur im Vollzugsbereich gestärkt wird. Denn durch die kontinuierliche Risikoanalyse der eingehenden Waren sowie Prüfungen im Hintergrund, beispielsweise der Steuerdaten, werden kriminelle Aktivitäten frühzeitig erkannt und aufgedeckt. Die geplanten Investitionen müssen daher umfassend sein und alle Bereiche des Zolls berücksichtigen, um eine ganzheitliche Modernisierung zu gewährleisten.

Für die effektive Kriminalitätsbekämpfung fordert der BDZ die vollständige Einbindung des Zolls in den polizeilichen Informationsverbund und die Bereitstellung einer „Sicherheitsmilliarde“ für Ausrüstung und digitale Ermittlungen. Dazu gehören unter anderem die Anschaffung von Drohnen zur Überwachung von Hafengebieten, die Aufrüstung der digitalen Forensik zur Auswertung großer Datenbestände und die Bereitstellung mobiler Großröntgenanlagen. Diese Maßnahmen sind notwendig, um den technologischen Vorsprung krimineller Netzwerke zu bremsen und die Sicherheit effektiv zu gewährleisten. Deshalb muss auch Geld in die veraltete IT des Zolls gesteckt werden. Diese muss zu einer integrierten Infrastruktur für alle Zoll-Standorte weiterentwickelt werden, die in hochperformanten Netzen läuft und die nötigen Datenbestände für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz beinhaltet.

Die geplanten Reformen sind ein Schritt in die richtige Richtung, doch der BDZ warnt vor Verzögerungen. „Die organisierte Kriminalität wartet nicht“, so BDZ-Chef Liebel. „Wer jetzt zögert, gefährdet die Sicherheit unserer Kolleginnen und Kollegen, unser Wirtschaftssystem und den Rechtsstaat. Die Regierenden dürfen nicht wieder vier Jahre im Kampf gegen Geldwäsche verlieren. Jetzt muss es darum gehen, die Maßnahmen zügig umzusetzen – ohne sich erneut in Strukturdebatten oder Behördenreformen zu verzetteln. Der Zoll braucht keine neuen Labels, sondern handlungsfähige Einheiten, durchgreifende Befugnisse und moderne Technik.“

Ein zentraler Punkt der AG 9 „Bürokratierückbau, Staatsmodernisierung, Moderne Justiz“ (AG) ist die Reform des öffentlichen Dienstrechts, die auch die langstehenden Forderungen des BDZ nach flexibleren Karrierewegen für Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte aufgreift. Geplant sind u.a.:

Öffnung der Laufbahnen: Starre Einstiegsvoraussetzungen sollen gelockert werden, um Verwaltungslaufbahnen für andere Fachrichtungen zu öffnen. Der Laufbahnwechsel soll vereinfacht werden.

Mehr Durchlässigkeit: Die Durchlässigkeit zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft soll verbessert werden. Leistungs- und Erfahrungswerte sollen stärker berücksichtigt werden. Zudem sollen Rotationen des Personals zwischen Bund, Ländern, Kommunen und der EU sowie Hospitationen in der Privatwirtschaft gefördert werden.

Verwaltungsreform: Die Arbeit der Bundesverwaltung soll durch eine „gesteuerte Aufgaben- und Ausgabenkritik“ effizienter organisiert werden. Die Bundesressorts sollen sich mehr auf

ihre eigentlichen ministeriellen Aufgaben konzentrieren, besser zusammenarbeiten und raus aus dem „Silodenken“ kommen.

„Die Durchlässigkeit der Laufbahnen wäre ein entscheidender Schritt. Die Verwaltung fit für die Zukunft zu machen – das war längst überfällig“, kommentiert BDZ-Vorsitzender Thomas Liebel. „Das würde uns helfen, Fachkräfte zu halten und den Zoll schlagkräftiger aufzustellen.“ Jedoch kommt es am Ende auf die Ausgestaltung der Regelungen im Detail an, betont Liebel, damit auch die Mehrheit der Beschäftigten beim Zoll und bei der Bundesfinanzverwaltung davon profitieren kann.

Sobald der finale Koalitionsvertrag vorliegt, wird sich zeigen, ob die angekündigte „Sicherheitsoffensive“ oder Versprechen zum Bürokratieabbau im öffentlichen Dienst tatsächlich greifen – oder ob sie in der Umsetzung an Detailstreits scheitert. Der BDZ jedenfalls drängt auf Tempo. „Die Bedrohung durch organisierte Banden und Cyberangriffe duldet keinen Aufschub – mit Bürokratie und Selbstbeschäftigung muss Schluss sein. Die aktuelle Sicherheitslage erfordert einen schlagkräftigen Zoll“, so Liebel.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

Deutschen Bahn: Sanierungsprogramm ist nur „Wundsalbe für marode Infrastruktur“

Die GDL übt deutliche Kritik an der Bilanz der Deutschen Bahn AG (DB) und dem vom Management geplanten Sanierungsprogramm.

Den hochverschuldeten Konzern plagen hohen Zinslasten sowie außerordentliche Belastungen. In Summe ergibt das ein negatives Jahresergebnis von rund 1,8 Milliarden Euro. Dabei hat man bei der DB im Jahr 2024 einen Umsatz von rund 26,2 Milliarden Euro errechnet. Die DB gibt zu, sich mit dem Kerngeschäft, dem „Brot- und Buttergeschäft“, deutlich in der Verlustzone zu befinden.

Aufgrund von infrastrukturbedingten Störungen, Streiks und Extremwetterereignissen lag die Pünktlichkeit im Fernverkehr im Jahr 2024 nur noch bei 62,5 Prozent – und damit erneut unter dem Vorjahreswert. Auch die DB Regio und DB Cargo verzeichnen Rückgänge.

„Und dann passiert im Rahmen der Bilanzpressekonzferenz etwas, was ich trotz meiner langjährigen Kenntnis der DB nicht für möglich gehalten hätte“, so der GDL-Bundesvorsitzende

Mario Reiß am 28. März 2025. „Der Bahnvorstand bedankt sich bei der Hausgewerkschaft und ist hoch erfreut, dass es der Bahn Anfang 2025 gelungen ist, einen langfristigen Tarifvertrag mit der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) abzuschließen. In der Verbindung mit dem massiven Personalabbau im Sanierungsprogramm S3, in dem laut Planung der DB etwa 30.000 Arbeitsplätze gestrichen werden sollen, ist das ein doppelter Schlag ins Gesicht der Beschäftigten: Einerseits baut man nun zu Zeiten von Fachkräftemangel die berufserfahrenen Eisenbahner ab, und lässt dann den Rest der Belegschaft die Sanierung auch noch finanzieren. Dreister geht es ja wohl nicht.“

Reiß weiter: „Insgesamt gesehen ist das also wieder einmal ein unvorstellbar schlechtes Konzernergebnis. Ein ‚Weiter so‘ darf es aus unserer Sicht nicht geben! Aus diesem Grund

dürfen wir gespannt sein, was die Koalitionsge-
spräche für die Infrastrukturfinanzierung und
den notwendigen Konzernumbau zu Tage för-
dern. Um der Zukunft der Schiene willen, hof-
fen wir auf tragfähige Entscheidungen.“

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) „Girls´ and Boys´ Day“ ist wertvoller Beitrag für individuelle Berufsorientierung

Der VDR hat den „Girls´ and Boys´ Day“ am 3. April 2025 als wichtige Gelegenheit begrüßt, den Jugendlichen neue Sichtweisen auf Berufe zu eröffnen und ein Zeichen gegen traditionelle Rollenklischees zu setzen.

„Die Wahl des richtigen Berufs ist entschei-
dend für ein zufriedenes Leben. Schulen müs-
sen den Jugendlichen helfen, ihre Interessen
und Talente in die Berufsfindung einzubezie-
hen“, erklärt der VDR-Vorsitzende Ralf Neug-
schwender. Er betonte, dass eine pauschale
Berufsberatung den unterschiedlichen Bedürf-
nissen der Jugendlichen nicht gerecht wird:
„Wir müssen Berufsorientierung individueller
und flexibler gestalten.“ Besonders wichtig sei
auch der Abbau von Rollenklischees: Mädchen
wählen oft soziale Berufe, Jungen eher techni-
sche. Diese Stereotype müssten überwunden
werden, damit die Jugendlichen frei von Ge-
schlechterrollen ihren Beruf wählen können.

Realschulen und verwandte Schulformen ha-
ben seit langem eine enge Verbindung zur re-
gionalen Wirtschaft und leisten durch ihre gu-
ten Kontakte einen wichtigen Beitrag zur Be-
rufsorientierung. Neugschwender: „Durch
Praktika und Kooperationen mit Unternehmen
erhalten Schülerinnen und Schüler frühzeitig
wertvolle Einblicke in verschiedene Berufsfel-
der. Diese praxisorientierte Unterstützung hilft
ihnen, fundierte Entscheidungen zu treffen und
fördert gleichzeitig den Dialog zwischen Schule
und Wirtschaft. Die frühe Auseinandersetzung
mit der Berufswelt und das Erleben praktischer
Tätigkeiten ist von großer Bedeutung. Nur so
können die Jugendlichen die Vielfalt an berufli-
chen Möglichkeiten entdecken und ohne Vor-
behalte den Beruf wählen, der zu ihnen passt.“

Namen und Nachrichten

Mit dem Futurologe Max Thinius will der **Baye-
rische Beamtenbund (BBB)** die Möglichkei-
ten erforschen, Zukunft zu gestalten und her-
ausfinden, welche Rolle der öffentliche Dienst
dabei einnimmt. Dafür wurde eine Online-Um-

frage zum Thema Zukunft erstellt, für die aktu-
elle Teilnehmerinnen und Teilnehmer gesucht
werden. Die Umfrage ist unter [https://sur-
vey.questionstar.com/6b2e4468](https://survey.questionstar.com/6b2e4468) abrufbar und
läuft bis zum 20. April 2025.

Termine:

10. April 2025

Ideencampus der dbb jugend

„Von Müdigkeit zur Mitwirkung: Demokratie neu beleben“
Weitere Informationen unter www.dbb-jugend.de

28. - 29. April 2025

15. Forum Personalvertretungsrecht

„Beschäftigte und ihre Personalvertretungen im Umbruch“
Weitere Informationen unter www.dbb.de

15. Mai 2025

19. Frauenpolitische Fachtagung

„Richtung Zukunft: Frauenrechte stärken und Demokratie bewahren im Kampf gegen Extremismus
und Populismus“
Weitere Informationen unter www.dbb-frauen.de